

ABT. III — PRESSEAUSSCHUSS — Rückgabe unbedingt erforderlich

Nach Totoabsage wird nun eine 20-Millionenrunde erwartet — Seite 5

Arbeiter-Zeitung

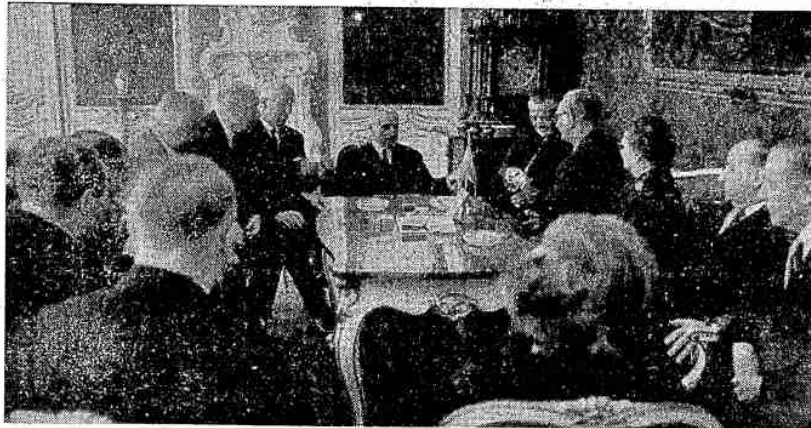
ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS / GEGRÜNDET 1889



Dr. Schärff: Ich folge dem Ruf

Der Weichensteller

Montag begaben sich die Mitglieder des Parteipräsidiums der SPÖ und die Obmänner der sozialistischen Landesparteiorganisationen zu Bundespräsident Dr. Schärff, um ihn von dem Ersuchen des Parteirates in Kenntnis zu setzen, er möge sich neuerlich für eine Kandidatur bei den Bundespräsidentenwahlen zur Verfügung stellen. Dr. Schärff erklärte, daß er diesem Wunsch nachkommen werde.



An der Stätte sechs-jährigen erfolgreichen Wirkens empfing Dr. Schärff die Delegation der Sozialistischen Partei

Mit dem Ja, das Bundespräsident Dr. Schärff Montag der Sozialistischen Partei gegeben hat, ist eine Situation eingetreten, für die es keinen Präzedenzfall gibt: Zum erstenmal seit der Gründung der Republik Österreich bewirbt sich ein aktiver Bundespräsident in hoher Volkswahl erlauchtem um sein hohes Amt. Die Verfassung sieht für diesen Fall keine Sonderregelung vor: Ein Bundespräsident, der zum zweitenmal kandidiert, ist während der Woche des Wahlkampfes gleichzeitig Staatsoberhaupt und Kandidat — woraus hervorgeht, daß sich ein solcher Wahlkampf in gehobenen Formen abzuspielen hat. Der Gegenkandidat eines Mannes, der während der Kampagne der erste Bürger des Staates ist, hat natürlich ebenfalls Anspruch auf besondere Fairness. Glücklicherweise ist dies im konkreten Fall kein Problem: Altbundeskanzler Raab ist tatsächlich ein Politiker, dem auch der Gegner die Achtung nicht versagen kann. Es wären also wichtige Voraussetzungen für einen Wahlkampf auf dem gebotenen Niveau gegeben.

Mittwoch, 19 Uhr: Schweigemarsch

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer versammeln sich morgen Mittwoch um 18.30 Uhr vor dem Gedenksteil auf dem Morzinplatz, Ecke Kai-Salergries. Um 19 Uhr beginnt die Gedenkfeier, an der die Feuerwehrkapelle und der Chor des ÖGB sowie Fritz Müller und Grete Zimmer mit Rezitationen mitwirken werden. Anschließend Schweigemarsch mit Fackeln über Kai und Ring zum Parlament. Vor der Parade werden Angehörige der sozialistischen Jugendorganisationen das Licht der Freiheitskämpfer in Empfang nehmen. Anschließend um 20 Uhr Gedenkundgebung vor dem Republikdenkmal. Es spricht Außenminister Doktor Kreisky. Zur Teilnahme an der Kundgebung sind alle eingeladen, die für die Demokratie eintreten.

Körner getan haben. Ich will eine Verantwortung für die gesamte Bevölkerung treffen. Österreich hat viele düstere Jahre hinter sich, schloß der Bundespräsident. Nur der Zusammenarbeit aller ist es zuzuschreiben, daß auf den Trümmern des Krieges ein neues Österreich errichtet werden konnte.

Papst will Chruschtschew empfangen

Die Gelegenheit wäre bei Chruschtschews Italienbesuch im Juni

Rom. Papst Johannes XXIII. ist, wie aus gewöhnlich zuverlässiger Quelle verlautet, bereit, den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschew in Audienz zu empfangen. Seine Bereitschaft dazu soll der Papst während der Privataudienz von Chruschtschews Schwiegersohn Adschubej am 7. März ausgesprochen haben. Chruschtschew wird, so heißt es, voraussichtlich Ende Juni auf Einladung der italienischen Regierung nach Rom kommen. Der Papst soll Adschubej während der Privataudienz eine in russischer Sprache abgefaßte Botschaft für den sowjetischen Ministerpräsidenten übergeben haben, in der er Chruschtschew für die Glückwünsche anlässlich der Verleihung des Balzan-Friedenspreises dankt.

De-Gaulle-Attentäter hingerichtet

Eine Salve beendet das Leben des Raketenfachmanns Bastien-Thiry

Paris. Der 36-jährige französische Oberleutnant und Raketenfachmann Bastien-Thiry, der am 22. August vorigen Jahres an der Spitze eines neunköpfigen OAS-Kommandos ein Attentat auf Präsident de-Gaulle verübt hatte, ist in den frühen Morgenstunden im Fort Ivry hingerichtet (durch ein Erschießungskommando hingerichtet) worden.

Bayern: Bidault in Schutzhaft

Adenauer schickt Brief zurück — Asyl wahrscheinlich

München. Der politische Führer der rechtsgerichteten Widerstandsorganisation gegen Präsident de-Gaulle, der ehemalige französische Ministerpräsident Bidault, wurde in Steinebach am Würthsee in Oberbayern, wo er von der Polizei gefangen wurde, unter Polizeischutz gestellt. Er suchte in einem Brief an seinen „Freund“, den deutschen Bundeskanzler Adenauer, um Asyl in Westdeutschland an, aber Adenauer schickte den Brief ungeöffnet zurück.

und die Landesparteiobmänner Winkler (Niederösterreich), Aigner (Oberösterreich), Peyerl (Salzburg), Kuster (Tirol), Katzengruber (Vorarlberg), Wedenig (Kärnten), Schachner-Blazicek (Steiermark) und Bögl (Burgenland) an. Bürgermeister Jonas teilte dem Bundespräsidenten mit, daß der sozialistische Parteirat beschlossen habe, ihn zu bitten, bei den kommenden Bundespräsidentenwahlen neuerlich zu kandidieren. Der Parteirat hat diesen Beschluß einhellig und mit Begeisterung gefaßt, sagte Jonas. Er hat demselben Ausdruck gebracht, wie sehr Ihre vorbildliche Amtsführung und Ihre großen Verdienste anerkannt werden. Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident, sich dem Ersuchen des Parteirates nicht zu verschließen. Bundespräsident Dr. Schärff erklärte in einer kurzen Ansprache, daß er dem Ruf zu einer neuerlichen Kandidatur Folge leisten werde. Sollte das Volk bei der Bundespräsidentenwahl eine Entscheidung zu meiner Gunsten treffen, sagte Doktor Schärff, so werde ich mir zum Vorsatz machen, dieses Amt wieder so zu führen, wie dies meine Vorgänger Karl Renner und Theodor

Leider spielt aber noch ein anderer Umstand eine Rolle: Die Bundespräsidentenwahl findet nur ein halbes Jahr nach einer Nationalratswahl statt — auch das zum erstenmal in der Geschichte der Republik. Und in dem Augenblick, in dem die Kandidaten für das höchste Amt des Staates einander gegenüber treten, gibt es noch immer keine neue Regierung.

Wie unerfreulich ein solches Zusammenreffen ist, hat zum erstenmal vor rund einem Jahr die Österreichische Volkspartei der Öffentlichkeit klargemacht, als sie, angeblich nur um dieser Situation vorzubeugen, die Vorverlegung der Nationalratswahl verlangt hat. Wie sich zeigt, hat die ÖVP ihre Meinung geändert. Bundespräsident Dr. Schärff hat selbst, unter anderem gewiß auch, um das zu vermeiden, was nun doch eingetreten ist, vor zwei Wochen, nachdem er monatlang Geduld gezeigt hatte, auf einen Abschluß der Verhandlungen gedrängt. Die Sozialistische Partei hat die Entscheidung über die Kandidatur so lang wie nur technisch irgend möglich hinausgeschoben. Es wären aber offenbar starke Einflußgruppen am Werk, die beabsichtigen, die Beendigung der Regierungsbildung offen angegriffen hat, noch ehe dieser zum Ansuchen der SPÖ, er möge wieder kandidieren, überhaupt Stellung nehmen konnte. Es ist dabei bemerkenswert, was Dr. Gorbach dem Bundespräsidenten übernimmt: Dr. Schärff habe die Weiche gestellt, sie aber bei seinem zweiten Auftrag nicht umgelegt.

Jeder weiß, wovon der Bundeskanzler spricht: Die Richtung, in die Dr. Schärff die Weiche gestellt hat, ist die Richtung zur Zusammenarbeit der großen Parteien. Will Dr. Gorbach einen Weichensteller empfehlen, der einen anderen Weg freigibt? Warum hat seine Partei dann Ingenieur Raab anstelle Dr. Gorbach präsentiert die ÖVP unmittelbar vor den letzten Entscheidungen als eine Partei, die nicht weiß, was sie will, oder die zwei auseinanderstrebende Ziele verfolgt.

In dieser Situation gibt es eine einzige Gewährleistung der Sicherheit: Die Person „Dr. Schärff“. Für ihn existiert das Dilemma nicht, in das ihn die ÖVP bringen möchte, denn er stellt die Weiche, gleichgültig ob amtierender Bundespräsident oder Kandidat, mit ruhiger Hand, wie sein Gewissen und der Auftrag des Volkes ihm gebieten. Und er wird daher gerade in der Situation, in der ihn die ÖVP in Schwierigkeiten bringen möchte, erneut seine staatsmännliche Souveränität unter Beweis stellen.

Gedenksitzung in voller Eintracht

Heutiger Ministerrat nicht sicher

Trotz den Stürmanövern der vergangenen Woche fand die Gedenksitzung des Ministerrates anlässlich des 25. Jahrestages der Okkupation Österreichs, wie vorgesehen, statt. Ob morgen auch die reguläre Ministerratsitzung abgehalten werden wird, ist noch nicht entschieden.



Gemeinsam legen Gorbach und Kreisky am Mahmal einen Kranz nieder.

Vor der Sitzung des Ministerrates werden die beiden Regierungsfunktionen intern über die endgültige Belagerung der Kronhuber-Affäre beraten. In dieser Angelegenheit wurden Montag zwischen Dr. Kreisky und Dr. Gorbach Briefe gewechselt. Die Dienstsitzung des Ministerrates wurde jedenfalls von den Beamten vorbereitet. Der Ministerrat hätte eine Tagesordnung von 31 Punkten zu bewältigen. Unter anderem stünde die Verlängerung des Budgetprovisoriums und die Finanzhilfe für die Hütte-Krems zur Debatte. (FORTSETZUNG AUF SEITE 2)

Jonas: Die Arbeiterschaft hielt zu Österreich

Eindrucksvolle Wiener Konferenz in Floridsdorf zur Erinnerung an die Versammlung vom 7. März 1938

Im alten Floridsdorfer Arbeiterheim in der Angerer Straße hielt Montagabend die sozialistische Landesorganisation Wien eine Konferenz ab, die dem Gedenken an den 7. März 1938 gewidmet war. An diesem Tag traten die sozialdemokratischen Vertrauensmänner aus dem Dunkel der Illegalität wieder hervor, um ihre Organisationen neu aufzubauen. Bürgermeister Jonas würdigte die Bedeutung des Tages in einer großen Rede.

Mit unserer heutigen Wiener Konferenz, sagte Bürgermeister Jonas, kehren wir an diese historische Stätte zurück, um der Tage zu gedenken, in denen die illegalen Sozialisten bereit waren, eine außerordentliche Last auf sich zu nehmen. Was sie trieb, diesen gefährlichen Schritt zu unternehmen, war vor allem ihre große Sorge um Österreich. In jenen Tagen hat die österreichische Arbeiterbewegung den Rechtsradikalen zum zweitenmal gezeigt, was wirklicher Patriotismus ist.

Wir können uns heute kaum vorstellen, wie schwer jene Sozialisten mit sich gerungen haben, die im März 1938 in diesem Saal saßen, den Austrofaschismus hinter sich und den Nationalsozialismus vor sich. Sie haben damals einen Beschluß gefaßt, der der freiheitlichen Tradition der österreichischen Arbeiterbewegung würdig war. Mit diesem Beschluß haben sie gezeigt, daß der Austrofaschismus im Februar 1934 nur scheinbar gesiegt hatte.

EINE KULTURSTÄTTE ALS DENKMAL

Ich kann mir keine schönere Würdigung dieser für die österreichische Demokratie so bedeutungsvollen Stätte vorstellen, als daß die Gemeinde Wien gerade hier der Demo-



zu den verdienten Baumeistern der Zweiten Republik.

In den sechs Jahren seiner Bundespräsidentenschaft lag das Schicksal Österreichs in guten und festen Händen. Er gab Österreich Sicherheit und Fortschritt im Inneren und Anerkennung und Ansehen im Ausland. Und deshalb, schloß Bürgermeister Jonas, präsentiert die Sozialistische Partei wieder Dr. Adolf Schärf als Bundespräsidenten: einen klugen Staatsmann, einen erprobten Demokraten, einen aufrechten Volksmann, einen echten Österreicher.

HILLEGEST: KEINE GRUNDSÄTZE VERRATEN

Abgeordnete Rosa Jochmann verlas anschließend Teile einer Rede, die Präsident Hillegeist hätte halten sollen. Hillegeist konnte jedoch an der Gedenkfeier nicht teilnehmen, weil er erkrankt war.

Die Sozialdemokratische Partei und die illegalen Gewerkschaften, so heißt es in der Rede, haben in jenen Tagen alles Menschennögliche getan, um das Schuschennig-Regime dazu zu bringen, die allerletzte Chance zu nutzen. Nur zu einem haben wir uns niemals hergegeben: unsere Grundsätze zu verraten. Unsere Delegation erklärte Schuschennig, wir können nicht als seine Bewunderer und Freunde, sondern als politische Gegner, die ihrer Gesinnung treu geblieben sind, die aber einen Weg suchen, Österreich als selbständigen Staat zu erhalten.

BIS HEUTE BESSER GEMACHT

In den Konzentrationslagern traf die Feinde von gestern einander dann wieder. Sie redeten darüber, was sie schlecht gemacht hätten und was man besser machen müßte. Und sie haben es besser gemacht, wenigstens bis heute.

Unterkomitees: Intensive Arbeit

Beratungen über Budget- und Agrarfragen

Die Unterkomitees, die mit den Verhandlungen über die Detailfragen der Regierungsbildung betraut sind, setzen diese Woche ihre Beratungen fort. Montag fanden Beratungen der beiden Gruppen des Budgetkomitees statt, die sich mit dem allgemeinen sowie mit dem finanzgesetzlichen Teil des Staatshaushaltes zu beschäftigen hatten; ebenso eine Beratung des Unterkomitees für agrarpolitische Fragen.

Kreisky-Gorbach: Zusammenarbeit?

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

In der Gedenksitzung des Ministerrates hielt Bundeskanzler Doktor Gorbach eine Ansprache, in der er an die Ereignisse im März 1938 erinnerte. Er kam dann auf die innenpolitischen Verhältnisse in der Ersten Republik zu sprechen und sagte: Wir wissen heute um die tiefe Tragik, daß damals nur allzuoft das Trennende das Gemeinsame überwog. Wir wissen aber auch, daß in der bitteren Zeit der Not und Verfolgung nach dem 11. März 1938 in den Konzentrationslagern und Gefängnissen das Versprechen abgegeben wurde, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

Heute, da wir die Not überwunden und die Freiheit errungen haben, sagte Bundeskanzler Dr. Gorbach, muß das Zusammenwirken der großen Parteien mehr denn je den Charakter einer echten Arbeitsgemeinschaft haben. Stellen wir daher die Gemeinsamkeit über das Trennende, aber lassen wir es nicht bei Lippenbekenntnissen bewenden,

MITTWOCH: FÜNF MINUTEN ARBEITSRUHE

Zum Gedenken an die Besetzung Österreichs soll am Mittwoch um 11.45 Uhr in allen Betrieben Österreichs eine Arbeitspause von fünf Minuten eingeschaltet werden. Während dieser Zeit wird Bundespräsident Dr. Schärf zu den Arbeitnehmern sprechen. Die Arbeitspause wurde von der Handelskammer auf

Initiative des Gewerkschaftsbundes empfohlen.

KRÄNZE FÜR DIE NAZIOPFER

Die Sozialistische Partei und der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer ließen Montag um 10 Uhr an der Gedenktafel für die Opfer des Kampfes um ein freies Österreich am Außen Burgtor Kränze niederlegen.

Explosion tötet Mauerattentäter

West-Berliner Student kam beim Basteln mit Sprengstoff ums Leben

Berlin. Ein 22 Jahre alter West-Berliner Student, Hans Jürgen Bischof, der in seiner Wohnung im West-Berliner Bezirk Wilmersdorf mit Bomben herumbastelte, sprengte sich dabei in die Luft. Zwei Frauen in der darüberliegenden Wohnung wurden schwer verletzt.

Der getötete Student stand bereits von einiger Zeit einmal unter dem Verdacht, an einer Brandstiftung in einem West-Berliner Büro der Kommunistischen Partei beteiligt zu sein. Auch bei dem Anschlag auf das sowjetische Reisebüro Intourist in

der vergangenen Woche wurde ähnliches Material verwendet.

Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Studenten wurden sechs Kilogramm Sprengstoff, zwei Maschinenpistolen, ein Gewehr, eine Pistole und Munition gefunden, ferner Propagandamaterial, darunter Plakate, die zu Aktionen gegen die kommunistische Sperrmauer aufforderten.

Aus Schriftstücken ging ferner hervor, daß der Bombenattentäter mit dem sogenannten Bund nationaler Studenten, einer verbotenen

Streik um Kandidaten in Südtirol

Bozen. Der Parteil Ausschuss der Südtiroler Volkspartei hat die Kandidaten für die bevorstehenden italienischen Parlamentswahlen offiziell nominiert. Dabei kam es zu einem Konflikt, weil der bisherige Abgeordnete Dr. Roland Riz, ein Vertreter der rechtsgerichteten und gemäßigten Gruppe „Aufbau“, nicht neuerlich kandidiert wurde. Darauf legte auch der bisherige Abgeordnete Dr. Toni Ebner seine Kandidatur nieder. Die der Gruppe „Aufbau“ nahestehende Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ bezeichnet den Ausschluß von Dr. Riz von der Kandidatenliste als „unverständlich“.

Fünf Todesurteile in Leningrad

Moskau. Von einem Leningrader Gerichtshof wurden fünf leitende Angestellte einer Fabrik, die verschiedene Gegenstände von Knöpfen bis zu Füllfedern erzeugt, zum Tode verurteilt, weil sie die Überschuldung der Fabrik auf dem freien Markt verkauft und den Gewinn untereinander aufgeteilt haben.

Malenkov wollte Ostdeutschland aufgeben

Moskau. In einer Rede, in der er sich wieder einmal mit der abstrakten Kunst beschäftigte, sagte der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschew, nach Stalins Tod im März 1953 hätten Ministerpräsident Malenkov und der Chef der Geheimpolizei Berija Ostdeutschland als kommunistischen Staat aufgeben wollen. Das sei aber von Zentralkomitee der Sowjet-KP sofort abgelehnt worden.

China will mit Moskau reden

Peking. Die kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion haben sich nach einer Meldung der chinesischen kommunistischen Nachrichtenagentur Neues China über die Notwendigkeit reinigiger, zweiseitiger Besprechungen über wichtige Fragen bezüglich der internationalen kommunistischen Bewegung der Gegenwart abzuhalten.

Die sei in einem Briefwechsel zwischen den Zentralkomitees der beiden Parteien bestätigt worden. Der Zentralsekretär der chinesischen Kommunistischen Partei, Teng Hsiao Ping, empfing den sowjetischen Botschafter Tschernomir, der auch Mitglied des Zentralkomitees ist, und übergab diesem ein Schreiben des chinesischen Zentralkomitees.

Neonaziorganisation, in Verbindung stand.
EINE ANLEITUNG ZUM KLEIN-KRIEG FÜR JEDERMANN
Man fand in der zerstörtesten Wohnung auch ein aus der Schweiz stammendes Handbuch: „Der totale Widerstand — Kleinkriegsanleitung für jedermann.“ Man glaubt, daß der Student kein Einzelgänger war, sondern Milwissler hatte.

„Prawda“ sieht Anschlußgefahr

EWG-Polemik in einem Gedenkartikel zum 13. März

Moskau. In einem Artikel zum 23. Jahrestag des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich warnt das kommunistische Parteiorgan „Prawda“ Österreich, neuerlich vor einem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Das Blatt schreibt: „Die traurige Erfahrung mit dem Anschluß gewarnt die österreichische Öffentlichkeit daran, daß die Unabhängigkeit des Landes und die immerwährende Neutralität vor neuen Angriffen von Seiten des westdeutschen Kapitals und seiner Agenten in Österreich geschützt werden muß.“ Die „Prawda“ erinnert daran, daß die Sowjetunion auch in den Jahren, als der Kriegsturm tobte, der Idee der Unabhängigkeit Österreichs treu gewesen sei.

Somaliland bricht mit England

Wegen der nördlichen Provinz von Kenya

Mogadischu (Somaliland). Der somalische Ministerpräsident Abdi Rashid Ali Shermarke teilte in einer außerordentlichen Parlamentsitzung mit, daß die Regierung beschlossen habe,

die diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien wegen des Konflikts um das nördliche Grenzgebiet der britischen Kronkolonie Kenya abzubrechen. Kenya soll bald selbständig werden. Somaliland verlangt seit längerer Zeit die nördliche Provinz von Kenya, die von somalischen Stämmen bewohnt wird, und fürchtet, daß es diese Provinz nie erhalten wird, sobald einmal Kenya in seinem vollen heutigen Umfang ein selbständiger Staat geworden ist. Übrigen erhebt auch Äthiopien auf einen Teil des umstrittenen Territoriums Anspruch.

Für gemeinsames Kommando Syrien-Irak

Damaskus. Syriens Kurs unter dem neuen Regime des Ministerpräsidenten Salah Bitar orientiert sich nach Irak. Zwei Tage nach dem unblutigen Sieg der Revolution traf auf dem Luftweg eine irakische Regierungsdelegation unter Führung des stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Sadi in Damaskus ein. Syriens, Ägyptens sowie Jemens und Algeriens unter einem gemeinsamen militärischen Oberkommando verhandelt.

Absgrund: Heute Zettdiskussion

Heute Dienstag findet um 19.30 Uhr in der Maria-Theresien-Straße, Gewerkschaftshaus, eine Diskussion unter dem Titel „Der Staatsbürger fragt, der Minister antwortet“ statt. In Vertretung des erkrankten Vizekanzlers Dr. Bruno Pitzmann beantwortet Staatssekretär Edvard Röhss die Anfragen aus dem Publikum, die mündlich und schriftlich gestellt werden können.

kratie ein neues Heim baut, ein Haus der demokratischen Befreiung, in dem die Bürger dieser Stadt in demokratischem Geist eintritt gemeinsam für die politische, für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Volkes wirken.

APPEL AN DIE JUGEND

Wir wollen von dieser historischen Stelle aus einen Appell an die österreichische Jugend richten, setze der Bürgermeister fort: „Gebt in euren Herzen der Gewalt keinen Raum, seid bereit, eure Interessen nur in selbstigen Ringen zu vertreten, laßt euch nicht von falschen Freunden die Treue zur Demokratie verderben. Haltet das höchste Gut unserer freien und demokratischen Heimat fest in euren Händen, dann werdet ihr das Unglück vermeiden, das eure Väter und Mütter betroffen hat!“

Seit 1945 hat die junge österreichische Demokratie schwieriger Situationen gemeistert als jene, an denen sie in der Ersten Republik zugrunde ging. Aber noch sind nicht alle Gefahren vorbei. Die Zweite Republik hat einen anderen innenpolitischen Stil entwickelt als die Erste Republik und eine völlig andere Atmosphäre geschaffen. Der Wiederaufbau der Demokratie hat den arbeitenden Menschen und ihren Organisationen volle Bewegungsfreiheit gegeben und hat für sie den Wert des Staates erhöht, daß sie bereit sind, für den Bestand dieses Staates die größten Opfer auf sich zu nehmen.

Es wäre gut, wenn die Führung der ÖVP sich bei den Regierungsverhandlungen auf diesen Grundsatz besinnt, statt einen Kalten Krieg gegen die Sozialisten zu führen.

ÖSTERREICHS SCHICKSAL IN GUTE HÄNDE!

Das Präsidium und die Landesparteiobmänner der Sozialistischen Partei haben Montag Bundespräsident Dr. Schärf gebeten, wieder für das höchste Amt der Republik zu kandidieren, und wir sind überzeugt, daß diese Kandidatur die Zustimmung der Österreicher finden wird.

Wenn die Sozialisten in den nächsten Wochen für die Wiederwahl Dr. Schärf's werben, werden sie für einen Mann, der aus dem Volk kommt und aus eigener Kraft emporgewachsen ist. Seit 1945 ist er der gute Geist Österreichs und zählt

ABGEORDNETENKLUB
Mittwoch, 13. d., 9 Uhr

Jetzt aus Italien:
Zitronen
 naturrein, mit
 aromastärker Schale

13. März 1938: Österreichs Anschluß an die Hölle

Hätte Dollfuß nicht die Demokratie ausgeschaltet, wäre Österreich nicht so leicht Hitlers Beute geworden

VON JACQUES HANNAK

Ein Vierteljahrhundert ist es nun her, daß Österreich starb, gemordet von Hitler, selbstgemordet von seinen eigenen Regierungsorganen. Von diesem 13. März 1938 angefangen bis zum 15. Mai 1955, dem Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages, war Österreich in der Knechtschaft fremder Mächte, mehr als 17 Jahre entbeherte er der Freiheit.

Noch Blutigeres und noch Entsetzlicheres ist nach dem 13. März 1938 geschehen: Weltkrieg, Ausrottung ganzer Rassen und Völker, Ermordung der Justiz und der Gerechtigkeit zu einer Sklaverei der Banditen, die ihre Schreckenerrschaft weit über Europa hinaus erstreckten — aber all dem ging der 13. März 1938 voraus, das Datum der „Heimkehr ins Reich“.

JUBEL FÜR DIE UNTERDRÜCKER
 Es wäre eine Lüge und Verfälschung der Geschichte, zu sagen, daß die Zerstörer und Versklaver Österreichs damals erduldet wurden wie Zwangsherren und Eroberer; in Wahrheit hat sie Jubel begrüßt, und die einmarschierenden Truppen der deutschen Wehrmacht waren selbst überrascht, nicht nur auf keinen Widerstand zu stoßen, sondern mit solcher Begeisterung empfangen zu werden.

Freilich dauerte der Rauschzustand nicht lange, und die Ernüchterung und Enttäuschung stellte sich schon nach ein paar Wochen ein.

Die Frage, die uns noch heute bedrängt, ist die, ob der Unglückstag nicht zu verhindern gewesen wäre, wenn die Umwelt und wenn Österreich selbst eine andere und klügere Politik getrieben hätten.

Das Versagen der Großmächte, die Jämmerlichkeit des Regimes von Chamberlain in England, die Hilflosigkeit der Regierungskrise in Regierungskrisen stürzenden französischen Republik schufen die äußeren Umstände, die es Hitler ermöglichten, Stück um Stück aus dem blutenden Leib Europas herauszureißen.

Aber ein demokratisches Österreich, ein Österreich, das Insel der Freiheit gewesen wäre, hätte es vielleicht vermocht, die Sympathie des französischen britischen Volkes zu gewinnen und dadurch die Regierenden dieser Länder aus ihrer lethargie und Gleichgültigkeit herauszutreiben.

1938-1945: Wie Österreich gegen Hitler kämpfte

Die Österreichische Widerstandsbewegung legt Rechenschaft ab über die Jahre des Kampfes gegen die Nazidiktatur

VON JOSEF HINDELS

Im März 1938 wurden in aller Welt von der Göbbels-Propaganda Bilder verbreitet, die Österreicher zeigen, die der Vergewaltigung des eigenen Landes begeistert zujubeln. Die vielen im Dunkeln wirkenden österreichischen Widerstandskämpfer wurden nur fotografiert, wenn sie in die Hände der Gestapo fielen, und diese Bilder kamen nicht ins Ausland. Dennoch erfuhr man in den wenigen Ländern Europas, die auch während des zweiten Weltkrieges frei blieben, schon damals über den Widerstand in Österreich.

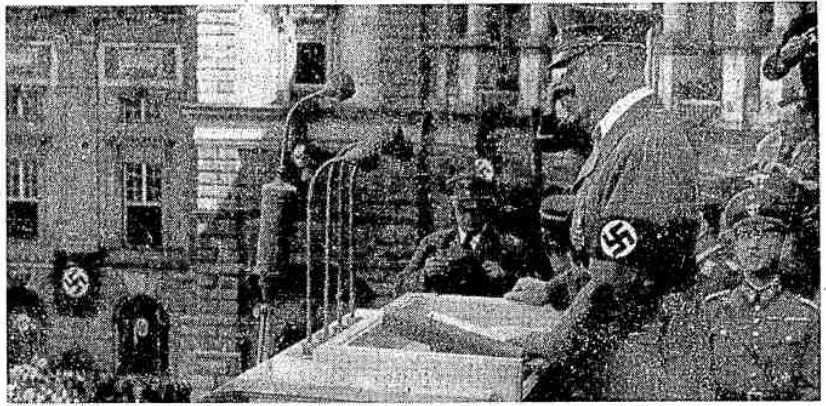
Eine kürzlich erschienene Schrift der überparteilichen österreichischen Widerstandsbewegung, an deren Spitze der Generaldirektor der Österreichischen Staatsdruckerei, Doktor Franz Sobok, selbst ein aktiver, verdienstvoller Widerstandskämpfer steht, macht uns nun darauf aufmerksam, wie stark dieser patriotische Abwehrkampf gewesen ist: die Schergen Hitlers richteten 36.000 österreichische Widerstandskämpfer hin. Viele andere starben im KZ und in den Folterkammern der Nazi.

KÄMPFER IM DUNKELN

Trotzdem mangelt es uns an historischen Details: Dazu waren die konspirativen Regeln 1940, nach den ersten blutigen Erfahrungen, viel zu streng. Diese Geheimhaltung erschwert es uns noch heute, nähere Einzelheiten die vor allem für den selbstevidenten Unterricht von Bedeutung sind, einwandfrei festzustellen.

In der Schrift der österreichischen Widerstandsbewegung wird Österreichs Freiheitskampf in drei Phasen eingeteilt: Die erste reicht von der Besetzung des Landes im März 1938 bis zum Kriegsausbruch im September 1939.

Patriotische Österreicher, vor allem junge, von idealistischen Vorstellungen erfüllte Menschen, nehmen ohne konspirative Erfahrungen und mit vielen Illusionen behaftet den ungleichen Kampf gegen die fremden Unterdrücker auf. Diese erste Phase endet in einem Meer von Blut; fast alle Widerstandskämpfer liegen auf. Ihre Träger werden gefoltert und hingerichtet.



Auf dem Heldenplatz erstattete Hitler die „Vollzugsmeldung“. Vorher hatte Himmler 40.000 „Verdächtige“ beseitigt

Vier Jahre der wirtschaftlichen und moralischen Enkriechung des Landes waren verflissen, seitdem Dollfuß seine Karikatur eines Ständestaates geschaffen hatte. In diesen vier Jahren war die Basis des Systems immer schmaler geworden. Stück für Stück seiner ohnedies niemals sehr großen Anhängerschaft bröckelte ab, Verrat nistete in den eigenen Organisationen und Staatsämtern, die Korruption schrie zum Himmel.

Schuschnigg, der dem am 20. Juli 1934 von Naziputschisten ermordeten Dollfuß als Bundeskanzler gefolgt war, hatte sicherlich die geistige Fähigkeit, die Erlichigkeit des Gebäudes zu erkennen. Aber es fehlte ihm die Kraft und der Mut zu einer entscheidenden Wendung. Eine solche Wendung wäre nicht ausgeschlossen gewesen, seitdem Mussolini, durch seinen Abessinienkrieg geschwächt, Österreich nicht mehr so „bestehen“ konnte wie früher.

ZU SPÄT FÜR VERSÖHNUNG

Eine entschlossene Wendung Österreichs nach dem Westen wäre nicht ganz aussichtslos gewesen. Aber Schuschnigg wagte einen solchen Schritt nicht, und zwar schon deshalb nicht, weil die Voraussetzung eines solchen Kurses die Versöhnung mit der österreichischen Linken und

eine Widergutmachung der Schande und Blutschuld von 1934 gewesen wäre.

Um solches zu tun, dazu brauchte Schuschnigg weder die politische noch seelische Größe, Er tat gar nichts dergleichen und ließ sich von den Ereignissen immer tiefer in den Sumpf ziehen.

DIE POLIZEI AUSGELIEFERT

Bis es zu spät war! Bis zu jenem verhängnisvollen 12. Februar 1938 — auf den Tag vier Jahre nach der Katastrophe des Bürgerkrieges —, an dem sich der von Verführern, Intriganten und Dummköpfen umgebene Schuschnigg nach Berchtesgaden ins „Führer“-Hauptquartier locken ließ und dort von dem tobenden und sibelstehenden Hitler so lange malträtiert wurde, bis der vom Gebüll völlig entervte Schuschnigg in Vereinbarungen einwilligte, an deren Folgen Österreich genau vier Wochen später vom Leben zum Tode verschied.

Jetzt erst, als in die österreichische Regierung offene Nazi als Minister aufgenommen worden waren, einer von ihnen Seyß-Inquart — sogar die Polizei und Gendarmerie in seinen Griff bekam und Hakenkreuz und braune Hemden, immer mehr zum normalen Straßenbild zu gehör-

ren begannen, jetzt erst sah sich Schuschnigg verzweifelt nach Hilfe um. Jetzt erst machte er einen leisen und zaghafte Versuch, die stärkste Kraft, die Österreich zur Selbstverteidigung noch hätte aufbieten können, die Arbeiterbewegung, zur Rettung des Landes zu mobilisieren. Einen Höhepunkt erreichten diese Verhandlungen am 3. März, als Schuschnigg eine Arbeiterdelegation empfing, die unter der Führung Friedrich Hillegeits stand.

Aber auch dieser letzte Versuch, mit haben Mitteln unternommen, blieb im Sandwibel der Ereignisse der letzten Woche österreichischer Unabhängigkeit stecken: Zuwenig und zu spät. Dann war es aus, dann brach die Nacht herein, und für Österreich hat sie sieben lange furchtbare Jahre gedauert.

Nicht aus den Grueln, die an jenem 13. März 1938 unser Land zu schänden und verwüsten begannen, nicht aus ihnen allein sollen wir unsere Lehren aus der Geschichte ziehen, sondern noch mehr aus unseren eigenen Fehlern und Irrtümern, an denen die Zeit von 1918 bis 1938 so reich war. Hoffen wir, daß der Trend der Demokratie, der damals eingesetzt hat, Leibbild und Kern des politischen Glaubensbekenntnisses Österreichs bleiben wird.



Zur „Feier des Anschlusses“ mußten „Nichtarier“ den Gehsteig waschen

Die Kunst des Widerstandes unter den Bedingungen des Gespaltenterrors mußte erst erlernt werden. Den katholischen Gruppen fehlte auf diesem Gebiet jede Erfahrung. Sozialisten und Kommunisten hatten zwar in der Zeit von 1934 bis 1938 konspirative Erfahrungen gesammelt, aber die Verhältnisse im besetzten Österreich waren grundverschieden von jenen im „Ständestaat“.

DIE KZ ALS HOCHSCHULEN

Die zweite Phase des österreichischen Widerstandes, heißt es in der Schrift, „umfaßt den Zeitraum von 1939 bis 1944. Ihre Träger waren — so paradox das auch für die Uneingeweihten klingen mag — die aus der KZ-Haft entlassenen österreichischen Patrioten.“

Für diese ehemaligen Häftlinge war das KZ eine Hochschule der Konspiration und des Patriotismus: In den Konzentrationslagern gab es in den Baracken und Arbeitskommandos Österreicher unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft. Das gemeinsame Erlebnis der KZ-Haft brachte diese Männer einander menschlich bald aber auch politisch näher. Sie er-

patriotische Österreicher erwiesen haben:

„Die größte Bedeutung erlangte die österreichische Widerstandsbewegung am Ende des Krieges, als es im Zeichen des 05-Symbols (Österreich 1945) möglich wurde, große gemeinsame Aktionen zur Unterstützung der um die Befreiung Österreichs kämpfenden alliierten Armeen durchzuführen.“

Bei dem Kampf um Wien gelang es österreichischen Widerstandskämpfern in Wehrmachtsuniform mit den sowjetischen Truppen in Verbindung zu kommen und dank gut geführter Verhandlungen die Bundeshauptstadt vor der völligen Zerstörung zu bewahren. Wenn auch der geplante Aufstand durch Verrat verhindert wurde, so fanden doch in Wien bewaffnete, vom Palast Auersperg, dem Sitz der Widerstandsbewegung, geleitete Kämpfe österreichischer Patrioten gegen die Nazi statt.“

In der Schrift der österreichischen Widerstandsbewegung wird kein Widerstandskämpfer und keine der vielen Gruppen namentlich genannt. Im Sinne strenger Überparteilichkeit soll der Eindruck einer Parteien- und Parteipolitik vermieden werden. Persönlichkeiten vermieden werden.

Ohne den Boden der Überparteilichkeit zu verlassen, wird schließlich an österreichischen Politikern, die den Unbeherrbaren Konzessionen machen, schonungslos Kritik geübt: „Wo es um Lebensrecht, das österreichischen Volkes geht, darf nicht mit wahlaktischen oder organisatorisch opportunistischen Maßstäben gemessen werden. Was bedeuten schon ein paar Wählerstimmen angesichts der grauenhaften Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von den Nazi begangen wurden? Der Opportunismus hat letzten Endes noch immer der Demokratie geschadet.“

Ihrer Gesundheit zuliebe: **VITALIS** KEIMLINGSBROT